

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

29.7.1932 (No. 175)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger
Nr. 253
und 254
Verlagsamt
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Meub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kaszentrabatt gilt und bevorzugt werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Unfällen, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachbesorger für Baden, Badischer Zentralfachbesorger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Neugestaltung des Rundfunks Einigung zwischen Reich und Ländern — Dezentralisation der Programmgestaltung — Entpolitisierung

W.B. Berlin, 29. Juli. (Tel.) Die bestehende Rundfunkorganisation geht bis auf das Jahr 1925 zurück. Die seitdem gesammelten Erfahrungen haben eine Reihe Unzulänglichkeiten gezeigt, die den Reichspostminister und den Reichsinnenminister zu einer Nachprüfung des gesamten Rundfunkwesens veranlaßten. Das Ergebnis wurde in „Zeitfragen zur Neuregelung des Rundfunks“ zusammengefaßt. In der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates vom 27. Juli wurde mit den Ländern volle Einigung erzielt. Die Neuregelung kann nunmehr in Angriff genommen werden.

Die Beiträge gehen von dem Gedanken aus, daß der Schwerpunkt des deutschen Kulturlebens bei den einzelnen Stellen ruht und daher die landsmannschaftlichen Eigenarten der besondern Pflege bedürfen. In Auswirkung dieses Standpunktes lassen sie die bisherige Selbständigkeit der örtlichen Rundfunkgesellschaften in bezug auf die Programmgestaltung unangetastet bestehen. Die Beiträge sehen ferner eine Rückkehr zu der in den bisherigen Richtlinien verankerten Bestimmung vor, daß der Rundfunk keiner Partei dient, und schließlich demgemäß in Zukunft parteipolitische Darbietungen aus. (Entpolitisierung.)

Im einzelnen werden in ihrem Zweck und Inhalt der Neuregelung u. a. wie folgt bestimmt:

Die Neuregelung bedeutet: Die Organisation des Rundfunks zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten, die noch in Privatband befindlichen Geschäftsanteile der Rundfunkgesellschaften in die öffentliche Hand (Reich und Länder) zu überführen und damit ihr die alleinige Verwaltung des Rundfunks zu sichern.

Die obere Leitung des Rundfunkbetriebes in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht wird von der Reichsrundfunkgesellschaft als Dachgesellschaft der örtlichen Rundfunkgesellschaften wahrgenommen. Sie übt ihre Tätigkeit als gemeinnützige G. m. b. H. aus. Von den Geschäftsanteilen gehören 51 Prozent der Deutschen Reichspost, 49 Prozent auf die Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hamburg nach näherer Vereinbarung mit ihnen zu verteilen.

Der Reichsrundfunkgesellschaft werden zwei Reichskommissare übergeordnet, von denen einer vom Reichspostminister, einer vom Reichsinnenminister des Innern ernannt wird. Der vom Reichsinnenminister ernannte Kommissar behandelt auch die politischen Programmfragen und die Überwachung der Richtlinien für den Programm- und Nachrichtendienst.

Der Reichsrundfunk-Gesellschaft werden beigegeben: ein Verwaltungsrat, bestehend aus den beiden Reichskommissaren, je drei vom Reichsinnenminister des Innern und vom Reichspostminister und sieben von den Ländern zu bestellende Mitglieder, von denen zwei Preußen und je eines Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hamburg ernennen; ferner ein Programmbeirat, bestehend aus 15 Mitgliedern, die der Reichsinnenminister des Innern ernannt und die aus dem ganzen Reichsgebiet berufen werden sollen.

Die Rundfunk-Gesellschaften üben ihre Tätigkeit als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung aus. Von den Geschäftsanteilen gehören 51 Prozent der Reichsrundfunk-Gesellschaft, 49 Prozent auf die beteiligten Länder zu verteilen. Den Rundfunk-Gesellschaften werden beigegeben: ein von dem zuständigen Lande im Einvernehmen mit dem Reichsinnenminister des Innern zu ernennender Staatskommissar, dem ein Ausschuss von Regierungsvertretern zur Seite steht. Der Staatskommissar übt die Befugnisse des Überwachungsausschusses aus, ein Programmbeirat, dessen Mitglieder von dem zuständigen Lande im Benehmen mit dem Reichsinnenminister des Innern ernannt werden. Die Aufgaben des Staatskommissars, des Ausschusses und des Programmbeirats werden unter Zuziehung der zuständigen Ausschüsse des Reichsrates geregelt.

Die derzeitigen politischen Überwachungsausschüsse fallen fort. Die vorhandenen Kulturräte sind umzuwandeln.

Der Deutschlandsender wird Reichssender, über den die Reichsrundfunk-Gesellschaft verfügt.

Die drahtlose Dienst-AG. wird liquidiert. Der politische Nachrichtendienst wird an die Reichsrundfunk-Gesellschaft angegliedert.

Das Recht der Länder, den Rundfunk-Gesellschaften Auftragsnachrichten und Auftragsvorträge zuzuleiten, bleibt, vorbehaltlich der Regelung in den zu erlassenden Richtlinien, unberührt.

Letzte Nachrichten Deutschland und die internationale Zusammenarbeit Französische Stimmen gegen die deutsche und amerikanische Auffassung

W.B. Paris, 29. Juli. (Priv.-Tel.) Die gesamte französische Presse veröffentlicht ein Interview, das Reichsminister von Papen einer amerikanischen Nachrichtenagentur gewährte und in dem er die deutsche Stellungnahme zu den Problemen der internationalen Politik nochmals eingehend wiederholte und Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung in rechtlicher Hinsicht und in der Frage der Sicherheit nochmals betonte.

Die Stellungnahme der französischen Blätter zu diesem Interview ist ähnlich der, die sie gegenüber der Rundfunkrede des Reichswehrministers eingenommen haben. Der Kanzler übernehme, schreibt z. B. „Journal“, die Erklärungen des Generals v. Schleicher, gegen die, wie das Blatt erfahren haben will, Gerriot gestern dem deutschen Botschafter gegenüber Einwände vorgebracht habe. Das „Journal“ nimmt auch gegen die amerikanischen Bestrebungen nach politischer und wirtschaftlicher Konsolidierung der internationalen Lage Stellung. Das Blatt ist mit einer eventuellen Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz nach Washington, die Senator Borah anregt, nicht einverstanden: Amerika habe zwar, meint das Blatt, das Recht, sich als Gläubiger um die Zukunft seiner Schuldner zu kümmern und zu versuchen, die Gefahren neuer Erschütterungen zu verhindern. Aber was, so setzt das Blatt hinzu, könnte Umwälzungen eher hervorrufen, als eine Kräftigung der Verteidiger der Ordnung.

Demgegenüber hebt „La République“ hervor, daß bereits in Versailles festgelegt worden sei, daß die allgemeine Abrüstung binnen kürzester Frist nach der Enttaufnung Deutschlands durchgeföhrt werden sollte, und spricht sein Erstaunen darüber aus, daß Frankreich erst 18 Jahre nach Abschluß des Versailler Vertrages vor eine Alternative gestellt werde, wie sie General von Schleicher vorgebracht habe.

Wirtschaftliche Umschau Arbeitsbeschaffung — Siedelung

Die Frage der Arbeitsbeschaffung hängt letzten Endes von der Gestaltung der allgemein-politischen Lage und der internationalen Wirtschaftslage ab. Trotzdem muß natürlich der Staat darauf bedacht sein, mit seinen beschränkten Mitteln da einzugreifen, wo sich durch Herstellung und Schaffung produktiver Werte Arbeit in möglichst großem Umfang beschaffen läßt, obwohl alle Einzelmaßnahmen in dieser Richtung natürlich nur einen beschränkten Wirkungsgrad besitzen.

Zunächst sind die Verhandlungen zwischen den zuständigen Reichsbehörden und dem zentralen, in Reichshänden befindlichen Finanzierungsinstitut für die produktive Erwerbslosenfürsorge, der „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG.“, nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Gesellschaft wird im Rahmen des großen Arbeitsbeschaffungsprogramms rund 110 Millionen Reichsmark aufbringen, wovon 50 Millionen Reichsmark für den Ausbau von Wasserstraßen und 60 Millionen Reichsmark zur Finanzierung des Landstraßenbaus dienen sollen. Dazu kommen noch weitere 15 Prozent dieser Gesamtsumme, die von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zur Verfügung gestellt werden, und außerdem noch ein noch nicht feststehender Betrag der von Unternehmerfirmen in der Form von Kreditgewährung beigesteuert werden soll, so daß im ganzen etwa 160 Millionen Reichsmark für diese Zwecke aufgewendet werden. Ein Teil der Gesamtsumme wird zu landwirtschaftlichen Meliorationen den Landesregierungen zur Verfügung gestellt. Unter den Arbeiten befindet sich auch der weitere Ausbau der süddeutschen Wasserstraßen. Die Kredite für den Straßenbau werden nach einem Schlüssel verteilt, der sich aus dem Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der Größe der Arbeitslosigkeit ergibt. Für solche Zwecke erhält Baden nicht ganz 2 Millionen Reichsmark und nur etwas weniger mehr Württemberg. Es werden Wechselkredite gegeben. Die Wechsel, für die das Reich die Bürgschaft übernimmt, werden spätestens nach 15 Monaten durch das Reich abgelöst.

Nationalsozialistische Sittspolizei in Oldenburg

W.B. Oldenburg, 29. Juli. (Tel.) Der oldenburgische Ministerpräsident erklärte, daß sich die oldenburgische Regierung gegen den Gedanken, in Anbetracht der außerordentlichen Überlastung der staatlichen Polizei diese in ihrem Bestand zu verletzten. Bei der heute vorliegenden Krisenzeit sei es erforderlich gewesen, daß sofort eine Sittspolizei geschaffen wurde. Diese Sittspolizei in Stärke von 200 Mann ist gestern eingestellt worden, und zwar besteht sie aus ausgewählten Männern der SS. und der SA.

Die Bestimmungen der politischen Notverordnungen, Amtlich wird aus Berlin eine Übersicht über die auf dem Gebiete der Vereins-, Versammlungs- und Pressepolizei bestehenden einschränkenden Bestimmungen der politischen Notverordnungen (soweit eine landesrechtliche Zuständigkeit gegeben ist) veröffentlicht.

Die auffälligen Veteranen Truppen und Tränegas gegen die Washingtoner Demonstranten

In der amerikanischen Hauptstadt wurden Bundesstruppen gegen die demonstrierenden Veteranen aufgebracht, um das Regierungsviertel zu räumen. Die Truppen verwendeten Tränegasbomben und waren mit Gasmasken ausgerüstet.

Bei den Zusammenstößen wurde ein Kriegsveteran durch Schüsse getötet. Zwei wurden durch Schüsse schwer verwundet, ein vierter durch einen Säbelhieb verletzt. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter durch einen Steinwurf schwer verletzt. Ein Unteroffizier der Armee hat Handwunden an der Hand davongetragen. Außerdem erlitten auf beiden Seiten mehrere Leute leichte Gasvergiftungen.

Die Beurteilung Gorguloffs. Falls der in Paris zum Tode verurteilte Präsidentenmörder Gorguloff von der ihm gebotenen Gelegenheit, innerhalb dreier Tage die Nichtigkeitsbeschwerde einzureichen, nicht Gebrauch macht, wird die Verurteilungskommission in der zweiten Hälfte des August über seinen Fall befinden. Die Hinrichtung dürfte voraussichtlich nicht vor September stattfinden.

Stimmungs-Umschwung in England? In England unterlag in bisher dreizehn Unterhaus-Wahlkämpfen die jetzige nationale Regierung. Allgemeine Beachtung findet der Ausgang der Erfahrungswahlen in Wendensbury, wo am Mittwoch der Kandidat der Arbeiterpartei mit einer Mehrheit von fast 4000 Stimmen ins Unterhaus gewählt wurde. Bei der letzten Parlamentswahl hatten die Konservativen in diesem industriellen Wahlkreis eine Mehrheit von über 4000 Stimmen. Jede einzelne der 13 Nachwahlen, die während der gegenwärtigen Parlamentsession bisher stattgefunden haben, zeigt eine ähnliche Tendenz. Das Pendel ist wieder im Rückenschwung begriffen.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Kommunistische Rundfunkführung. Während einer Veranstaltung der Berliner Funkstunde kam es am Donnerstagabend zu einer kommunistischen Störung. Rudolf Wittenberg, der eigene Profa las, hatte in seinen Vortrag einen politischen Wahlauftrag hineingearbeitet. Die Berliner Funkstunde erklärt hierzu, der Vortragende habe sich eine grobe Verletzung seiner Verpflichtungen zuschulden kommen lassen. Die Dienstamweisung sei nun verhängt worden.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Kommunistische Rundfunkführung. Während einer Veranstaltung der Berliner Funkstunde kam es am Donnerstagabend zu einer kommunistischen Störung. Rudolf Wittenberg, der eigene Profa las, hatte in seinen Vortrag einen politischen Wahlauftrag hineingearbeitet. Die Berliner Funkstunde erklärt hierzu, der Vortragende habe sich eine grobe Verletzung seiner Verpflichtungen zuschulden kommen lassen. Die Dienstamweisung sei nun verhängt worden.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Kommunistische Rundfunkführung. Während einer Veranstaltung der Berliner Funkstunde kam es am Donnerstagabend zu einer kommunistischen Störung. Rudolf Wittenberg, der eigene Profa las, hatte in seinen Vortrag einen politischen Wahlauftrag hineingearbeitet. Die Berliner Funkstunde erklärt hierzu, der Vortragende habe sich eine grobe Verletzung seiner Verpflichtungen zuschulden kommen lassen. Die Dienstamweisung sei nun verhängt worden.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Seitensverbote in Oeffen. Wegen der gegen den heftigen Innenminister im Zusammenhang mit dem angeblichen kommunistischen Dokument erhobenen Vorwürfe wurden bis einschli. 4. August acht heftige nationalsozialistische Zeitungen verboten. — Das heftige Gesamtministerium hat gegen die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. West, Waffnung, Kern und den Gauleiter Lenz, sowie gegen ihre Parteigenossen von Davidson und Stawinoga Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung gestellt.

Kommunistische Rundfunkführung. Während einer Veranstaltung der Berliner Funkstunde kam es am Donnerstagabend zu einer kommunistischen Störung. Rudolf Wittenberg, der eigene Profa las, hatte in seinen Vortrag einen politischen Wahlauftrag hineingearbeitet. Die Berliner Funkstunde erklärt hierzu, der Vortragende habe sich eine grobe Verletzung seiner Verpflichtungen zuschulden kommen lassen. Die Dienstamweisung sei nun verhängt worden.

Kleine Chronik

In Ramen (Wesfalen) wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten ein Reichsbannermann durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Sechs Nationalsozialisten wurden festgenommen.

Die Staatsanwaltschaft Altona hat für die Ermittlung von Personen, die den Feuerüberfall am Sonntag, den 17. Juli, vorbereitet oder daran als Schützen teilgenommen haben, eine Belohnung von 5000 RM ausgesetzt.

Auf die Wohnung des sog. dem. Landtagsabg. Bugdahn in Altona wurden nachts in schneller Folge Revolvergeschüsse abgegeben. Die Täter mußten zu ihrem Überfall einen Kraftwagen benutzt haben.

Zwischen SA-Leuten und Kommunisten kam es in Wiedersich bei Leipzig zu einem Zusammenstoß. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Messerstich in den Hals tödlich verletzt.

Politische Zusammenstöße ereigneten sich in Rostock. Mehrere nationalsozialistische Bettelverteiler wurden überfallen, wobei zwei Nationalsozialisten so schwer verletzt wurden, daß sie in die chirurgische Klinik überführt werden mußten.

Das dreimotorige Junkers-Flugzeug Ju 52 wurde Donnerstag nachmittags über dem Flugplatz Schleißheim bei München von einer Sportmaschine gerammt. Das Flugzeug mußte notlanden und wurde dabei schwer beschädigt. Besatzung und Insassen blieben unversehrt, während der Führer der Sportmaschine so schwer verletzt wurde, daß er abends starb.

Kriminal- und Schutzbeamten gelang es heute, Freitag, vormittags in Dresden zwei langgejagte Verbrecher, den Arbeiter Friedrich Hoffmann aus Sadowe und den Fleischer Karl Maczyk aus Ortelsburg zu stellen. Hoffmann trat den Beamten sofort mit geladener Schusswaffe entgegen und mußte von Kriminalbeamten durch zwei Schüsse kampfunfähig gemacht werden. Maczyk entkam zunächst, konnte aber dann ebenfalls festgenommen werden. Hoffmann und Maczyk haben eine Reihe von schweren Verbrechen in Sachsen und Preußen begangen.

Überleutnant Hentschel in Kassel hat den deutschen Dauerrekord im Segelfliegen mit 16 Stunden 9 Minuten gebrochen. Die Untersuchung des Eisenbahnlands am Bahnhof Gefundenbrunn in Berlin hat ergeben, daß die Rangierlokomotive das Haltesignal überfahren hatte.

Badischer Teil

Staatliche Hilfe für die Untervergüteten im Kaiserstuhlgebiet

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Auf Grund der vom Staatsministerium eingeleiteten Hilfsaktion zur Bekämpfung der außerordentlichen Not, welche das am 13. Juli d. J. über das Kaiserstuhlgebiet hereingebrochene Unwetter verursacht hat, sind zur Zeit die maßgebenden Stellen mit der Feststellung der zu treffenden Hilfsmaßnahmen befaßt.

Wie wir hören, beabsichtigt man im Bereiche des Finanzministeriums von den zu Gebote stehenden Möglichkeiten weitgehend Gebrauch zu machen, um den am schwersten betroffenen Gemeinden nach Lage der Verhältnisse Hilfe zu bringen. Gedacht ist dabei insbesondere an eine vorzugsweise Entlastung auf dem Gebiet der Schulbeiträge und Straßenbeiträge, ferner an Steuererleichterungen, Erleichterungen bei Pachtzinsen,

Dr. jur. Otto Goldberg, Die politischen Beamten im deutschen Reich, insbesondere im Reich, in Preußen und Sachsen. (Verlag C. Heinrich, Dresden, 2,50 RM.) Nach einer einleitenden methodischen und begrifflichen Auseinandersetzung schildert der Verfasser zunächst die Entstehung und Stellung dieser besonderen Beamtenkategorie unter den konstitutionellen Staatsformen Preußens und des Reichs im 19. Jahrhundert, behandelt dann ihre Weiterbildung und besondere verfassungs- und beamtenrechtliche Bedeutung im geltenden Recht und zieht schließlich unter Würdigung der bisherigen Reformvorschläge Schlußfolgerungen für eine künftige Neugestaltung dieser Einrichtung im Reich, Preußen und Sachsen. Der vielfach herbeigekämpfte Widerstreit zwischen der dem Beamtentum dienstlich auferlegten Neutralität und der ihm verfassungsmäßig garantierten politischen Meinungsäußerung wird in der Figur des politischen Beamten, der im Amte gerade in einer bestimmten Richtung politisch tätig sein muß, seine besondere Ausprägung, die die vorliegende Arbeit unter umfassender Betrachtung der Literatur klar aufzeigt. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die politischen Beamten zwar stets dem geschulten Fachbeamtentum entnommen werden müssen, daß sie aber um ihrer verfassungsrechtlichen Sonderaufgabe willen einer von der übrigen Bürokratie erheblich verschiedenen Behandlung in politischer Hinsicht bedürfen, so daß bei ihnen allerdings die Neutralität des Beamtentums bis zu einem gewissen Grade nicht aufrechtzuerhalten ist.

Bergträger: Die politischen Parteien. Das Interesse an Politik und Staat hat in der letzten Zeit außerordentlich zugenommen und erreicht jetzt vor den Wahlen einen selten erlebten Höhepunkt. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die bekannte Geschichte der politischen Parteien in Deutschland von Prof. Dr. L. Bergträger soeben in 6. vermehrter Auflage erschienen ist. Der Verfasser gibt einen kurzgefaßten Überblick über die Geschichte, die Programme und Ziele aller Parteien. Auch die politischen Vorgänge der allerjüngsten Zeit sind bereits behandelt, wenn auch lange nicht erschöpfend. Das Buch ist im Verlag V. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig erschienen und kostet in Halbleinen gebunden 3,60 RM.

Berman Grimm: Goethes Freundschafsbund mit Schiller. Vorlesungen. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Dr. Siegmund Hirsch. Universitäts-Bibliothek Nr. 7174. Gebunden 85 Pf., gebunden 75 Pf. — Das Buch stellt einen in die Geschichte des Goethe-Forschens ein. Die Vorlesungen von Berman Grimm, die durch viele Jahre an der Berliner Universität gehalten wurden. Man spürt auch beim Lesen noch, daß sie wie ein Ereignis wirken mußten.

Goethes Faust erläutert von Theodor Friedrich. Mit einem Faust-Wörterbuch. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7177 bis 7180. Gebunden 1,40 RM. in Ganzleinen 1,80 RM. — Diese neue Faust-Erklärung ist für einen breiten Leserkreis bestimmt. Sie führt ohne gelehrte Voraussetzungen sofort an die Dichtung selbst heran und versucht von da aus in allmählichem Fortschreiten das Verständnis für sie zu vertiefen. Sie ist der gebundene Faust-Kommentar für Schulen, Volkshochschulen und jeden einzelnen Leser, der die größte deutsche Dichtung als Ganzes und im einzelnen in ihrem Volleffekt erfassen will.

Grasgelbtern und Holzgelbschulbigkeiten und ähnlichen Maßnahmen.

Das Finanzministerium steht bei diesen Anordnungen im engsten Einverständnis mit dem Ministerium des Innern, dem in erster Linie die Leitung der Hilfsaktion zusteht.

Wieviel Kraftfahrzeuge gibt es in Baden?

(Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt)

Am 1. Juli 1932 wurden in Baden 54 847 Kraftfahrzeuge aller Art festgestellt (ohne Reichspost- und Wehrmachtfahrzeuge). Im Jahre 1931 waren es an demselben Stichtage 58 034. Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat demnach in unserem Lande um 3187, d. i. 5,5 Proz., abgenommen. Diese wenigen Zahlen sind wiederum ein ernstes Zeichen für die rückläufige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Sie werden noch eindringlicher durch die Feststellung, daß die seit der Jahr zu Jahr ansteigende Kurve unseres Kraftfahrzeugbestandes sich in diesem letzten Zeitabschnitt zum erstenmal geneigt hat. Im Jahre 1931 ergab sich noch, im Vergleich zum Vorjahre, eine Steigerung von 7,2 Proz., 1930 von 15,8 Proz., 1929 von 21,6 und 1928 sogar von 32,8 Proz. Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, daß am 1. Juli d. J. immer noch 7092 Kraftfahrzeuge, hierunter 3256 Personenkraftwagen, 2720 Krafträder und 1026 Lastwagen aus Gründen der Steuerersparnis vorübergehend abgemeldet waren. Als Fortsetzung ist ferner die Feststellung bezeichnend, daß lediglich die steuerfreien Kleinkraftwagen eine beachtliche Zunahme von 10 800 i. J. 1931 auf 12 492, d. i. 15,7 Proz., aufzuweisen hatten.

Im ganzen sind am 1. Juli d. J. 28 373 Kraftäder jeder Art, steuerfreie und nichtsteuerfreie, gezählt worden (29 033 im Vorjahre). Das ist mehr als die Hälfte aller Kraftfahrzeuge (51,7 Proz.). Personenkraftwagen wurden 20 303, d. i. 37 Prozent (22 119, d. i. 38,1 Proz., im Vorjahre), Lastkraftwagen 5485, d. i. 10,0 Proz. (6161, d. i. 10,6 Proz., im Vorjahre) ermittelt. Der Rest entfällt auf Jugamaschinen (520), Wagen für Feuerlöschzwecke (91) und Straßenreinigungsmaschinen (75). Im einzelnen beträgt die Abnahme gegenüber 1931 bei den Kraftädern 2,3 Proz., bei den Personenkraftwagen 8,2 Proz., bei den Lastwagen 11 Proz., und bei den Jugamaschinen 8,1 Proz. Leider macht sich ein nicht unerheblicher Rückgang der deutschen Marken bei den Lastwagen mit 12,3 Proz. und den Jugamaschinen mit 9,7 Proz. bemerkbar; bei den deutschen Personenkraftwagen tritt er mit 5,6 Proz. etwas weniger scharf in Erscheinung. Eine, wenn auch geringe, Zunahme der deutschen Marken ist bei den Straßenreinigungs- und Feuerlöschwagen zu beobachten.

In den beiden größten Städten des Landes, in Mannheim und Karlsruhe, bleibt die rückläufige Bewegung unter dem Landesdurchschnitt von 5,5 Proz. Die Gesamtzunahme des Kraftfahrzeugbestandes beträgt gegenüber dem Vorjahre in Mannheim 1,4 Proz., in Karlsruhe sogar nur 0,5 Proz. In Mannheim sind insgesamt 6841 Kraftfahrzeuge gezählt worden, d. i. 9,5 weniger als 1931. Kraftäder waren 2674 (147 mehr als im Vorjahre), Personenkraftwagen 3140 (157 weniger), Lastkraftwagen 920 (78 weniger) vorhanden. In Karlsruhe wurden am 1. Juli 1932 im ganzen 4542 Kraftfahrzeuge (25 weniger als im Vorjahre) gezählt. Davon waren Kraftäder 1999 (133 mehr), Personenkraftwagen 1986 (116 weniger) und Lastwagen 558 (38 weniger).

Aus den Parteien

Reichsfinanzminister a. D. Dietrich hat gegen den verantwortlichen Schiffsleiter des nationalsozialistischen „Führer“ in Karlsruhe Klage erhoben, weil er die Antwort auf die von Dietrich öffentlich gewünschte Auskunft, ob er in der Schweiz eine Villa gekauft habe, was verneint worden war, seinen Lesern vorenthalten habe.

Amerika, Untergang am Überfluß. Nicht der abenteuerlustige Reporter Johann, der mit seinen „20 Dollar in den wilden Westen“ und „40 000 Kilometer“ durch die übrige Welt fuhr, der wissenschaftlich geachtete Journalist schrieb diese neue Buch „Amerika, Untergang am Überfluß“ (Verlag Illstein, Berlin. Preis broschiert 4 RM, Ganzleinen 5,50 RM). Vom September 1931 bis zum März 1932 war Johann „drüben“. Seine Fahrt begann in Montreal, der größten Stadt des kanadischen Ostens und führte von hier freuz und quer durch die Weizenprovinzen, durch das Felsengebirge des Nordens bis zur pazifischen Küste, durch die Wüsten Arizonas nach den Ölgebieten von Texas, durch die Baumwollprovinzen und Braunkohlenbergwerke bis nach Detroit zu Henry Ford: 20 000 Kilometer durch „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. — Und das Ergebnis? Alles falsch, was wir eben noch über Amerika gedacht haben. Prosperität — wann war das doch? Die Entbehrung, die jetzt drüben herrscht, ist unbeschreiblich und in ihren Ursachen widerständig. Das Land erstickt am Überfluß; zuviel Maschinen, zuviel Weizen, zuviel Baumwolle, zuviel Öl, zuviel — Menschen! Ein ganz neues Land, dieses Amerika von heute, ein Land, das das Äheln verloren hat, ein Land, in dem der Zeitungsjunge Zeitungsjunge bleibt sein Leben lang! Was Johann über die Not der Arbeitslosen, der Farmer, der Pfleger, der Räucher, der Bergarbeiter, der Regier erzählt, ist wahrhaft erschütternd. Man spürt aus diesen Berichten die ganze Handlungslosigkeit eines jungen Volkes gegenüber einer plötzlich hereinbrochenen, nie gekannten Krise. Dieser ungeheuerliche Bericht des Journalisten Johann über das Amerika des Jahres 1932 liest sich spannend wie seine Abenteuerbücher. Die wissenschaftlichen Untersuchungen, die zum Teil ganz unbekanntes, höchst aufschlußreiches statistisches Material verarbeiten, geben überraschende Aufschlüsse in Fülle über Größe und Ursachen der amerikanischen, ja der Weltkrise.

Dr. Arthur Berger: Mit Sven Hedins durch Asiens Wüsten. Nach dem Tagebuch des Filmoperateurs der Expedition Paul Lieberenz. Reich illustriert. (Vollständiger Band der Völkerverfreunde Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2). — Großes Aufsehen erregte vor einigen Jahren die Expedition Sven Hedins quer durch Asien. Monatlang war man im ungewissen über ihr Schicksal. In der Mitte der zentralasiatischen Wüste wurde sie vom grimmigen Winter überrascht und dadurch gezwungen, den erbittertesten Kampf ums Dasein, den je eine Expedition zu bestehen gehabt hat, zu führen. Fast die Hälfte der gegen 300 zählenden Kamele ging zugrunde. Diesen hochdramatischen Wüstenzug Sven Hedins schildert Dr. Arthur Berger, der bekannte Forschungsreisende, an Hand der Tagebücher des Filmoperateurs der Expedition Paul Lieberenz. Außerordentlich interessant sind u. a. die Schilderungen über die Begegnungen mit den mongolischen Nomaden, die Ausgrabungen längst verschütteter Städte, die Katastrophe und die vorübergehende Enttarnung und Verhaftung der gesamten Expedition. Hervorragendes Bildmaterial bereichert dieses künstlerisch wie wissenschaftlich hochwertige Werk über jene weltbedeutende Forschungsexpedition, von der bereits der unter dem gleichen Titel laufende Film eine plastische Vorstellung vermittelt. Das ausgezeichnete Werk, wiederum hervorragend ausgestattet, reich illustriert, kostet in Halbleinen gebunden nur 2,90 RM. Es stellt somit eine neue erstaunliche Leistung dieses ältesten deutschen Buchverlages dar.

Badische Schulkatzen

Im Schuljahr 1931/32 zählte man in Baden nach dem Stande vom 15. Mai 1931 insgesamt 1559 Volksschulen mit 10 196 Klassen. Die Gesamtzahl der Schüler stellte sich auf 302 187, davon 152 057 männlich, 150 130 weiblich, 185 818 Schüler(innen) waren römisch-katholisch, 1115 altkatholisch, 110 995 evangelisch, 1529 israelitisch, 995 freireligiös, 1735 sonstigen Bekenntnisses und konfessionslos.

Die allgemeinen Fortbildungsschulen gliedern sich in 761 Schulen und 1322 Klassen für Knaben und in 1619 Schulen und 1556 Klassen für Mädchen. Jene wurden von 19 165 Schülern (wovon 13 222 römisch-katholisch und 5691 evangelisch) besucht, diese von 23 064 Schülerinnen, wovon 14 170 dem römisch-katholischen und 8478 dem evangelischen Bekenntnis angehörten. Das Hauptkontingent der Fortbildungsschüler stellen die Arbeiter (14 100), die Kleinlandwirte (14 575) sowie Handel und Gewerbe (7308).

Die 145 gewerblichen Fortbildungsschulen mit insgesamt 352 Klassen hatten eine Schülerzahl von 4635 aufzuweisen, davon 4395 männlich und 240 weiblich. 3308 waren römisch-katholisch, 1292 evangelisch. Auch hier waren die genannten Berufskreise am stärksten vertreten.

Die 77 Gewerbeschulen des Landes umfaßten 1319 Klassen mit 22 271 Schülern, davon 20 335 männlich, 1936 weiblich. Nach dem Bekenntnis waren 12 131 römisch-katholisch, 9655 evangelisch. Wiederum sind es die Arbeiter (8716), die Kleinlandwirte (2810) sowie die Handel- und Gewerbetreibenden (4648), die die Hauptmasse der Schüler stellen.

Handelschulen sind 53 vorhanden mit 562 Klassen und 10 772 Schülern, davon 4497 männlich, 6275 weiblich. Römisch-katholisch sind 5403 Schüler, evangelisch 4847. Hier dominieren die Arbeiter mit 2764 Schülern, die Handel- und Gewerbetreibenden mit 2828 Schülern.

Die 73 höheren Schulen für die männliche Jugend umfassen 885 Klassen mit 21 795 Schülern, davon 18 832 männlich, 2963 weiblich. Nach dem Bekenntnis waren 10 456 römisch-katholisch, 10 339 evangelisch. 5438 Schüler stammen aus den Kreisen der Handel- und Gewerbetreibenden, 5089 aus den Reihen der mittleren Beamten, während die höheren Beamten mit 1743, die unteren mit 1947 und die Angestelltenschaft mit 8071 Schülern vertreten sind. Die 73 Anstalten gliedern sich in 17 Gymnasien, 15 Realgymnasien, 22 Oberrealschulen, 2 Aufbau-Oberrealschulen, 1 Aufbau-Realprogymnasium und 16 Realschulen.

Dazu kommen 15 höhere Schulen für die weibliche Jugend mit 244 Klassen und 6796 Schülerinnen, davon 2194 römisch-katholisch, 4083 evangelisch. 1702 Mädchen gehören den Kreisen von Handel und Gewerbe, 2581 der Beamtenschaft an.

Geneute Kürzung

der Gehälter der evangelischen Pfarren

Die evangelische Landeskirche hat über die Kürzung vom 1. Juni 1932 hinaus erneut für die Spitzenstellen des Oberkirchenrats und sämtliche Geistlichen und deren Hinterbliebenen eine weitere 5prozentige Kürzung ab 1. Sept. 1932 verfügt. Mit dem Inkrafttreten dieser erneuten Einsparungen sind die Bezüge des Kirchenpräsidenten um rund 41 Prozent, der übrigen Mitglieder des Oberkirchenrats um 30 bis 35 Prozent, der Geistlichen um 30 bis 32 Prozent und der Hinterbliebenen von Geistlichen um 25 bis 26 Prozent ihrer ursprünglichen Beträge herabgesetzt. Ein aktiver Geistlicher in einer mittleren Pfarrstelle und in den mittleren Lebensjahren wird dann noch neben freier Wohnung ein Bruttoeinkommen von etwa 390 RM. haben. Abgesehen von den Steuern geht hiervon wie bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe von 1½ Prozent ab, so daß die Bezüge der evangelischen Geistlichen jetzt um rund ein Drittel ihres ursprünglichen Betrags gemindert sind.

Erfolgreiche Arbeit der Kaiserstuhl-Nothilfe

In der letzten Sitzung des Kaiserstuhl-Hilfsausschusses in Freiburg i. Br. wurde mitgeteilt, daß wegen Steuernachschuß, Abgabe von Kropfpreben zu verbilligtem Preise, Lieferung von Saatgetreide und Futtermitteln Verhandlungen mit den zuständigen Stellen schwanden. Der Verwaltungsrat der Bad. Gebäuderversicherungsanstalt hat eine Abschätzung der durch das Unwetter verursachten Gebäudeschäden angeordnet. Nach der Getreide- und Kartoffelernte soll in den vom Unwetter verschont gebliebenen Gemeinden eine Sammlung von Frucht und Kartoffeln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen durchgeführt werden. Der Aufruf und Bewilligung von Geldspenden hat eine freundliche Aufnahme gefunden. Die Stadt Freiburg hat 1000 RM. gespendet; aus industriellen Kreisen, von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen sind Spenden eingegangen.

Sommerkost

Die Anpassung der Kost an die jeweilige Jahreszeit ist ein selbstverständliches Erfordernis jeder gesunden und zweckmäßigen Ernährung. Das gilt vor allem auch für den Sommer, in dem uns Mutter Natur in Gestalt von Gemüse, Obst und Kartoffeln, von Milch, Butter, Eiern und Käse besonders vollwertige und verhältnismäßig billige Nahrungsmittel darbietet. Diese sollten daher im Küchensetzel der Hausfrau jezt eine ausschlaggebende Rolle spielen. Eiweiß und Fette dagegen können in der Sommerkost etwas zurücktreten. Die warme Lufttemperatur läßt uns ja auch schon rein gefühlsmäßig im Sommer gegen größere Mengen Fleisch oder Fett eine gewisse Abneigung empfinden. Letztere hat ihren Ursprung wohl in der Tatsache, daß Fleisch und Fett im Körper in erhöhtem Maße Wärme erzeugen, und daß wir so die Sommerwärme daher noch unangenehmer empfinden. Unter ihrem Einfluß sind Fleisch und Fett auch leicht der Verderbnis ausgesetzt, wenn man nicht etwa durch Aufbewahrung in einem Eischrank oder durch sonstiges Kühlhalten der Speisen entsprechende Vorkehrungen treffen kann.

Ein falsches Vorurteil ist es, daß man im Sommer keinen Fisch essen soll. Fischfleisch, und besonders Seefisch, ist leicht verdaulich und erzeugt daher weniger innere Wärme. Auch wird beim Fisch, dessen leichte Verderblichkeit bekannt ist, auf das Kühlhalten während des Transports wie im Laden stets besondere Sorgfalt verwandt, und wer es sich außerdem zur Regel macht, den Seefisch möglichst bald nach dem Einkauf zuzubereiten und zu verzehren, der braucht vor Vergiftung nicht bange zu sein. Eine Fischergötzung in engerem Sinne gibt es in Deutschland überhaupt nicht, sondern es handelt sich in den Fällen, bei denen nach dem Genuß verdorbener Fische Krankheitserscheinungen auftreten, stets um dieselben, durch Faulnis- oder andere Bakterien hervorgerufene Erkrankungen, wie bei Vergiftungen durch andere Nahrungsmittel.

Im übrigen mache man es sich zur Regel, im Sommer von allen Nahrungsmitteln stets nur so viel einzukaufen, als voraussichtlich am gleichen Tage reiflos verzehrt wird. Das Aufbewahren und Weiterverwenden von Resten ist in der heißen Jahreszeit eine falsche Sparjamkeit, die wir bisweilen mit schweren Schädigungen unserer Gesundheit büßen müssen.

Der Wahlkampf in Baden

Reichstagsabgeordneter Grippen in Karlsruhe

Im vollbesetzten großen Festhallaesaal in Karlsruhe sprach Donnerstagabend, nachdem unter starkem Beifall die Eisener Front einmarschiert war, das Mitglied des Berliner Parteivorstandes der SPD, Reichstagsabgeordneter Grippen.

Er unterstrich den Anteil der Sozialdemokratischen Partei an der Konsolidierung der Verhältnisse nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 und erklärte, in diesem Wahlkampf gehe es nicht allein um Arbeit, Brot, Frieden und die Erhaltung der sozialen Einrichtungen in Staat und Gemeinden, es gehe um den Bestand Deutschlands. Die Arbeiterchaft werde sich nicht provozieren lassen, sie wolle am 31. Juli mit dem Stimmzettel in der Hand den Sieg an ihre Fahne heften. Der Redner setzte sich scharf mit dem Nationalsozialismus auseinander, den er als mitverantwortlich für die Maßnahmen der Regierung von Papen bezeichnete. Die mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede war von Vorträgen des Sängerkorps umrahmt.

Gemeinderundschau

Zwangsvollstreckung bei der verkrachten Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz. Die beiden großen Handdrehmaschinen Baublock der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz G.m.b.H., Heidelberg, sollten zwangsweise versteigert werden. Es handelt sich zunächst um den großen sogenannten Rosenkranzblock, der auf etwa 940 000 RM geschätzt ist und um einen etwas kleineren Baublock im Schätzungswert von etwa 500 000 RM. Die Versteigerung des ersten Baublocks wurde verschoben und bei dem kleineren Baublock hatte das Vollstreckungsgericht nur einen Wert von 300 000 RM angenommen. Das Grundstück ging im Versteigerungsweg an die Stadt Heidelberg bzw. an die in ihrem Besitz befindliche Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz zu einem Angebot von 225 000 RM über.

Der kommende Voranschlag für Billingen. Im Stadtrat Billingen wurde der Voranschlag für 1932 besprochen. Es soll versucht werden, ohne Erhöhung der bestehenden Steuern durchzuführen, obwohl auf einzelnen Gebieten, insbesondere bei der Fürsorge, die Entwicklung noch nicht genügend übersehen werden kann. Der Ausgleich des Voranschlags ist aber bei den großen Einnahmerückgängen, trotz gewaltiger Einsparungen, nur möglich durch eine Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 132 000 RM. Was den Abschluß für das Rechnungsjahr 1931 angeht, so ist man hier mit der voranschlagsmäßigen Mejerbentnahme von 87 000 RM, infolge der auf allen Gebieten rechtzeitig durchgeführten Ausgabenreduzierung durchgekommen.

In der Sitzung des Schopfheimer Gemeinderats berichtete der Vorsitzende über die letzte Ausschussprüfung des Badischen Städtebundes, und zwar hauptsächlich über die dabei zur Aussprache gekommene Auswirkung der Reichsnotverordnung vom 24. Juni 1932 bezüglich der Kürzung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungssätze. Da diese Unterstützungssätze als unzureichend erachtet werden, sollen sofort die nötigen Schritte unternommen werden, damit die Volkswirtschaft alsbald wieder in Betrieb genommen werden kann. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, die erforderlichen Vorkehrungen hierfür alsbald zu treffen. Weiter wurde der Fürsorgeausschuß ermächtigt, von Fall zu Fall zu beschließen, ob Stromrechnungen des Kraftübertragungswerkes Rheinfelden für Erwerbslose und sonstige Hilfsbedürftige auf die Stadtkasse übernommen werden sollen.

Der Stadtschulrat hat für 1932 einen Einnahmehöhen von rund 617 000 RM und Ausgaben von rund 800 000 RM auf. Es bleiben deshalb 183 000 RM ungedeckt. Unter Zugrundelegung der bisherigen Umlagesätze verbleiben noch 20 000 RM

zu decken. Es ist deshalb erforderlich, die Bürgersteuer von 200 auf 300 Prozent zu erhöhen und die Getränkesteuer einzuführen.

Aus der Landeshauptstadt

Anteilnahme an dem Unglück der „Riobe“. Die öffentlichen Gebäude von Reich, Staat und Stadt einschließlich der Schulen tragen zum Zeichen der Trauer über den Untergang des deutschen Segelschiffes „Riobe“ Halbmaßbesetzung. Auch Oberbürgermeister Dr. Finter hat an die Marineleitung in Kiel ein herzliches Beileidstelegramm gerichtet.

Die Dichterin Lina Sommer †. Wenige Wochen nach ihrem 70. Geburtstag ist in ihrem Karlsruher Heim die bekannte pfälzische Dialektdichterin Lina Sommer gestorben. Sie wird in Jodgrün (Pfalz) zur letzten Ruhe beigesetzt werden. In ihrem reichen dichterischen Schaffen leuchtete pfälzischer Humor und Lebhaftigkeit, das reiche und tiefinnerliche Gemütsleben des Pfälzers, die Liebe und Treue zur pfälzischen und deutschen Heimat. Die Fertigstellung eines Sammel- und Abschlussbandes, der „Hausapotheke“, hat Lina Sommer nicht mehr erleben dürfen.

Englische Arbeiter in Karlsruhe. Auf einer Studien- und Erholungsfahrt durch Deutschland werden am nächsten Sonntag etwa 80 englische Arbeiter die badische Landeshauptstadt besuchen.

Politische Reibereien. Im Laufe des gestrigen Tages kam es an verschiedenen Stellen der Stadt und in Durlach zu Streitereien zwischen politisch gegenseitlich eingestellten Personen, die jedoch keinen größeren Umfang annahm. Eine Anzahl Personen verschiedener Parteirichtungen gelangten zur Anzeige, weil sie unerlaubt an mehreren Stellen der Stadt Handzettel politischen Inhalts anklebten.

Ein schwerer Verkehrsunfall. Donnerstag nachmittag fuhr auf der Durlacher Allee ein Mann mit seinem Fahrrad, als er in den neben der Straßenbahn herlaufenden Fahrweg einbiegen wollte, in einen auf einer Probefahrt befindlichen Wagen der städtischen Straßenbahn hinein. Mit lebensgefährlichen Verletzungen mußte der Radfahrer in das Krankenhaus gebracht werden. Es handelt sich bei dem Verunglückten um den Viktor Gernet aus Durlach.

Wieder eine Schwarzbrennerei ausgehoben. Der Gewerbeinspektor ist es gestern erneut gelungen, in Weiertheim eine Schwarzbrennerei auszuheben. Die Schutzhügel wurden hinter Schloß und Miegel gesetzt.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Vielen Wünschen entsprechend wird heute abend die melodische Operette „Friederike“ von Franz Lehár erneut gegeben. Es ist dies voraussichtlich die letzte Wiederholung in der diesjährigen Spielzeit. Die Vorstellung beginnt 20 Uhr.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Die britische Zykone hat langsam gegen die nordwestliche Küste zu an Raum gewonnen und sich dabei etwas verflacht. Gestern ist daher eine leichte Besserung des Wetters eingetreten, die aber nicht von Bestand sein wird, weil eine neue Störung westlich von Island folgt. Voraussage: Veränderlich, etwas wärmer, zeitweise Regenfälle bei westlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut fehlt, Basel 198 minus 8, Schusterinsel 270 minus 10, Rheinweiler 34 minus 12, Rehl 410 minus 5, Marau 598 minus 7, Mannheim 517 minus 10, Caub über 200 Zentimeter.

D3. Bad-Dürheim, 28. Juli. Im hohen Alter von 76 Jahren starb hier Altbürgermeister Alois Fischerheller, der von 1903 bis 1919 an der Spitze des aufstrebenden Kur- und Badeortes Bad Dürheim gestanden hat und um die Entwicklung Bad Dürheims sich große Verdienste erworben hat.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	29. Juli		28. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169,53	169,87	169,63	169,97
Kopenhagen 100 Kr.	79,42	79,58	79,87	80,03
Italien . . . 100 L.	21,42	21,46	21,44	21,48
London . . . 1 Pf.	14,73	14,77	14,81	14,85
New York . . . 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris . . . 100 Fr.	16,46	16,50	16,475	16,515
Schweiz . . . 100 Fr.	81,77	81,93	81,84	82,00
Wien 100 Schilling	51,95	52,05	51,95	52,05
Prag . . . 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Börsen und Geldmarkt

Der bevorstehende Wahltag hat das Geschäft immer mehr zusammenschrumpten lassen, doch befand die Börse eine festere Haltung. Die innerpolitische Entwicklung wurde zurecht beurteilt, wozu das Abflauen der Zusammenstöße auf den Straßen und das Ergebnis der Stuttgarter Länderkonferenz beitrugen. In außenpolitischer Richtung lag die überraschende Wendung des Senators Borah in der Schuldenfrage vor. Die Spekulation neigte zu einigen Käufen, doch lagen aus dem Publikum Aufträge so gut wie nicht vor. Die Stimmung blieb aber freundlich und das Kursniveau wieder höher. Besonders der Rentenmarkt hatte unverändert feste Tendenz. Am Aktienmarkt waren namentlich Elektrowerte und Kaliumwerte höher, während Montanwerte eher vernachlässigt waren.

Die Ausichten auf eine deutsche Disinflation sind gleich Null geblieben. Der Geldmarkt war im allgemeinen verhältnismäßig leicht, doch gehen die flüssigen Banken bei ihren Ausleihungen an die Geldnehmer wegen des hartgeschnittenen Grundprinzips der Kreditbeschränkung nicht über eine bestimmte Grenze hinaus. Im Ausland behielt die Reichsbank ihre feste Haltung.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statistische Abteilung) vom 27. Juli 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 27. Juli 1932 für eine Unze Feingold 116 sh 4 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 27. Juli 1932 mit 14,93 RM umgerechnet 86,8428 Reichsmark, für ein Gramm Feingold demnach 44,8824 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,79206 RM.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums:

Planmäßig angestellt:

Wachmeister Anton Kething beim Amtsgericht Heidelberg.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Die Gerichtsassessoren Karl Becker beim Amtsgericht Bruchsal, Landgericht Karlsruhe sowie der Kammer für Handelssachen in Pforzheim, Franz Kiefer beim Amtsgericht Lahr und Landgericht Offenburg, Dr. Gerhard Münzer beim Landgericht Mannheim, Rechtsanwalt Kurt Clausen beim Amtsgericht Pflippsturz unter Verzicht auf seine Zulassung beim Amtsgericht Pforzheim.

Freitag u. Samstag die letzten Tage des Saison-Schluß-Verkaufs KNOPF

Städtische (öffentliche) Sparkasse Boxberg

Bilanz per 31. Dezember 1931

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
Kasse	6 914,79	Spareinlagen	599 024,15
Landesbank	67 177,74	Aufwertungs-Spareinlagen	176 020,45
Postsparkonto	1 027,01	Giroeinlagen	47 277,77
Kontoforrentkredite	154 554,20	Kontoforrenteinlagen	16 031,—
Giroüberziehungen	322,75	Geschl. Mejerbefonds	40 893,98
Hypothekendarlehen	225 002,25	Reingewinn 1931	14 236,25
Gemeinbedarf	89 439,02		
Grundstückkaufgelder	5 112,85		
Schuldenscheindarlehen	168 155,45		
Wertpapiere	12 020,15		
Verwaltungsgebäude	4 200,—		
Einrichtung	1,—		
Einnahmerückstände	28 393,01		
Spargüroverband	14 100,—		
Aufwertungsfordernngen	37 423,21		
Aufwertungs-Abrechnungskonto	79 640,17		
	893 483,60		893 483,60

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 838 353,37 RM = 41 917,66 RM
 Sie beträgt laut Bilanz 40 893,98 RM
 Zuweisung a. b. Reingewinn 1931 1 023,68 RM 41 917,66 RM
 Unterchied —,— RM

Boxberg, den 27. Juli 1932. E. 83

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsleiter:
 Biffinger, Bürgermeister. Bod.



Badisches Landestheater Sommer-Operette im Stadt-Konzerthaus

Samstag, den 30. Juli 1932

Zum erstenmal

Das Weib im Purpur

Operette von Leopold Jacobson u. Rudolf Desterreicher
 Musik von Jean Gilbert

Dirigent: Jilger

Regie: Macher

Mitwirkende:

Bauer, Hellmuth, Mehner, Macher, Eberl, Fierment, G. Lindemann, Kuhne, Loriff, Schöthaler, Schnitzer, Schneib, Eich, G. Rivinius

Anfang 20 Ende geg. 23

Preise 1—3 RM

So. 31. 7. Die Geißha.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Städtische Sparkasse Vöhrenbach

Öffentliche Sparkasse

Bilanz per 31. Dezember 1931

Forderungen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand	3 857,44	1. Spareinlagen	820 304,13
2. Guthaben bei Postsparkonto, Reichsbank und Banken	2 848,07	2. Giroeinlagen	103 982,27
3. Wertpapiere	91 052,91	3. Anlehens- und andere Schulden	572 781,51
4. Wechsel	2 767,78	4. Umfchuldungskredite	19 106,17
5. Darlehen a. Hypotheken	435 635,01	5. Defizitkonto	17 626,75
6. Schuldenscheindarlehen			
a) Private	43 714,72		
b) Gemeinde	11 040,—		
7. Kontoforrentkredite und Girofollsalden	152 431,50		
8. Umschuldungsdarlehen	19 106,17		
9. Betriebskapital beim Giroverband	25 600,—		
10. Forderung an die bürgerliche Gemeinde	657 912,73		
11. Einnahmerückstände	43 384,17		
12. Vorkaufe	1 630,33		
13. Immobilien	40 000,—		
14. Geräte	2 800,—		
Abale	205 500,—	Abale	205 500,—
	1 533 780,83		1 533 780,83

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: E. 79
 5% aus 923 817,46 RM = 46 190,87 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 —,— RM
 Somit weniger 46 190,87 RM
 Vöhrenbach, den 18. Mai 1932. Der Verwaltungsrat.